

# grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

## Fusionsinitiativen eingereicht



Foto: František Matouš

### Inhalt

Antisemitismus ist nicht grün	2
Fusionsinitiativen	3
Aus dem Rathaus	4
Interview mit Björn Schaub	5
«schorenstadt»	6-7
Interview mit Jost Müller	6
Interview mit Silvan Bohnet	7
Grüne Riechen	8
junges grünes bündnis	9
Grüne Schwerpunkte 2013	10
Nationale Abstimmungen 9. Juni	11
Infomarkt und Varia	12

**«schorenstadt»  
Schwerpunkte 2013  
Abstimmungen vom 9. Juni**

## Antisemitismus ist nicht grün

**Den Grünen wurde vorgeworfen, antisemitisch zu sein. Dies ist reine Polemik: Denn eine grüne Position ist nicht pro-palästinensisch oder anti-israelisch, sondern orientiert sich am Völkerrecht.**

Im Zuge von Geri Müllers Kandidatur als Badener Stadtammann stiessen die «Basler Zeitung» und AZ Medien eine Debatte über den «Antisemitismus der Grünen» an. Der Vorwurf: Aus Solidarität mit Palästina seien Grüne den Menschen jüdischen Glaubens feindlich gesinnt. Dies liesse sich bis zu den 68ern zurückverfolgen.

Antisemitismus hat den Zweiten Weltkrieg überstanden. Gerade in der Schweiz gab es 1945 mit Bekanntwerden des Holocaust keinen Bruch: Vielmehr war Antisemitismus seit je her integraler Bestandteil der Überfremdungsdebatte, welche sich Ende des 19. Jahrhunderts in der bürgerlichen Schweiz entzündet hatte.

Dass sich die Grünen davon abgrenzen, ist nicht nur Teil der aktuellen politischen Positionen, sondern auch ihrer Geschichte: Die soziale Bewegung, die in den 1960er Jahren entstand, war ein Protest gegen überkommene Traditionen und für mehr Gerechtigkeit egal welchen Geschlechts und welcher Herkunft. Dies ist entgegengesetzt zu den Heimatschützern wie ECOPOP, SVP, Nationaler Aktion: Sie vertreten einen Blut-und-Boden-Umweltschutz.

Der Antisemitismus-Vorwurf gegenüber Grünen kommt aber nicht nur aufgrund einer Verwechslung von grünen und nationalistischen Positionen. Der Ursprung liegt in einer kritischen Position gegenüber Israel und der Gleichstellung der Kritik mit Antisemitismus. Auch PalästinenserInnen sind zumindest sprachlich ebenfalls semitisch. Es ist in diesem Sinne linguistisch unlogisch, eine pro-palästinensische Position per se als antisemitisch zu bezeichnen.

Ebenfalls sollte darauf hingewiesen werden, dass Kritik an israelischer Politik nicht gleich Diskriminierung von israelischen Staatsbürgern ist – besonders eingedenk dessen, dass in Israel Menschen verschiedener Religion Herkunft zusammenleben. Doch neben allen Wortspielereien: Wenn Kritik an israelischer Politik nicht mit Antisemitismus bzw. Judenfeindschaft gleichzusetzen ist, worin besteht die grüne Kritik an Israel?

Zunächst wäre der Siedlungsbau zu nennen: Einzig den USA ist es zu verdanken, dass die UNO noch keine Resolution dagegen verabschiedet hat. Denn die Siedlungen verstossen gegen das Völkerrecht und werden gebaut, um für Verhandlungen Tatsachen auf dem Boden zu schaffen. So wurden auch nach der Aufwertung von Palästina bei der UNO als Vergeltung neue Siedlungen bewilligt.

Zweitens ist Israel zwar eine der wenigen Demokratien in Westasien und Nordafrika, agiert jedoch im Westjordanland als Besatzungsmacht. Nicht nur der Siedlungsbau vollzieht sich unter deren Aufsicht, sondern auch die Verhinderung von wirtschaftlicher Entwicklung – Wohnung- oder Infrastrukturbau ist dort kaum möglich.

Drittens ist die Entwicklung seit den letzten palästinensischen Wahlen enttäuschend: Hamas ging daraus als Siegerin hervor. Und auch wenn dies kaum Sympathien weckt, wäre sie Regierungspartei. Die Reaktionen aus USA, Europa, Israel, aber auch aus dem Westjordanland waren heftig, und dass Hamas nicht in eine Lösung eingebunden wird, ist ein Stolperstein auf dem Weg zum Frieden.

Schliesslich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden, einen Staat für Jüdinnen und Juden zu schaffen. Dies war richtig und heutige revisionistische Ansichten leugnen das Faktische. Dies jedoch heilsgeschichtlich zu legitimieren, mag zwar für die jüdische Bürgerinnen und Bürger

### Impressum

grüner pfeffer –  
Informationsbulletin der  
Grünen Partei Basel Stadt

#### Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,  
Güterstrasse 83, Postfach 1442,  
4001 Basel,  
061/383 98 33,  
sekretariat@gruene-bs.ch,  
www.gruene-bs.ch  
PC 40-19338-4

#### Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

#### Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im  
Jahresbeitrag inbegriffen)

#### Redaktion:

Christine Beckert (beck), Philippe  
Bovet (bov), Harald Friedl (hafr),  
Martin Stohler (sto)

**Druck:** Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 02 |  
Mai 2013

in Israel Teil des Nationbuilding sein, als Argument in politischen Debatten ist es untauglich: (Heils-) Geschichte sollte nie benutzt werden, um politische Ansprüche zu formulieren.

Diese Kritikpunkte wenden sich gegen aktuelle Politiken und nicht gegen die Menschen, ihre Standpunkte, Ansichten oder ihren Glauben. Die Lösung des Konfliktes sollte im Sinne der humanitären Schweiz ohne absolute Positionsbezüge für oder gegen Israel bzw. Palästina im Vordergrund stehen: Denn beide Seiten haben Fehler begangen und werden Fehler begehen.

Wie dies das EDA bereits vornimmt, muss eine legalistische Ansatz gewählt werden: Es müssen wieder palästinensische Wahlen stattfinden, damit die EntscheidungsträgerInnen legitimiert agieren können. Alle Gruppierungen

müssen sich an Verhandlungen beteiligen und rechtsstaatliche Strukturen aufbauen. Dies gilt insbesondere für Hamas.

Für die Schweiz als Kleinstaat ist die Stärkung des Völkerrechts von Interesse: Asymmetrische Angriffe müssen unterbunden werden, die Besatzungspolitik muss völkerrechtlichen Standards genügen. Das Ziel aller Beteiligten ist erklärermassen eine Zweistaatenlösung, und es bedarf einiger Anstrengungen, um zwei lebensfähige Staaten mit gemeinsamer Hauptstadt Jerusalem und auf Basis von 1967 ausgehandelten Grenzen zu etablieren.



**Oliver Thommen**  
Historiker & Islamwissenschaftler  
Politischer Sekretär  
Grüne BS

## Zum Titelbild – Fusionsinitiativen eingereicht

**Am 22. März, nach genau sechs Monaten Sammelphase wurden die Fusionsinitiativen in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland eingereicht.**

Die Initianten feierten vor der offiziellen Einreichung der Initiativen bei der St.-Margarethen-Kirche in Binningen nahe der Grenze zwischen den heutigen Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt schon mal symbolisch die Verlobung der beiden Kantone. Mit dem Zustandekommen der Initiativen ist nun ein erster Schritt in Richtung Fusion der beiden Kantone gemacht. Insgesamt wurde über 7'500 Unterschriften (über 4000 in BL und über 3500 in BS) durch Aktionen auf der Strasse während sechs Monaten gesammelt. Die Sammlung der Unterschriften auf der Strasse war ressourcenintensiv, aber sie brachte uns Hunderte von Möglichkeiten mit den Menschen in der Region über die Frage zu diskutieren. Mehr als 360 Stunden verbrachten die Unterschriftensammlerinnen und -sammler während der letzten Monate auf der Strasse. Ihnen allen hier ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz.

### Weiteres Vorgehen

Nun gilt es die Abstimmungen vorzubereiten und breit zu diskutieren, wie der Fusionsprozess ausgestaltet werden kann und was das für die beiden Kantone genau heisst. Dazu hat sich eine Arbeitsgruppe Fusionsinitiative der Grünen Basel-Stadt und Baselland gebildet, die mit einer geplanten Website und Forumdiskussionen auf sich aufmerksam machen wird. Über die einzelnen Schritte und Veranstaltungen werden wir in den nächsten Ausgaben des Grünen Pfeffers weiter informieren. (hafr)



*Den Grünen wird fälschlicherweise braunes Gedankengut angelastet: Graffiti an einer Basler Hausfassade. Foto: Sandro Fiorilli*

## Aus dem Rathaus – Der Grossen Rat und seine Kommissionen

**Wie funktioniert eigentlich die Arbeit im Grossen Rat? Diese Frage wird mir immer wieder gestellt. Wenn man auf der Tribüne sitzt und dem Grossen Rat zuschaut, ist diese Frage sehr berechtigt.**

Man sieht und hört jemanden am Rednerpult sprechen, aber oft hören im Saal nur wenige zu. Dafür lesen die Parlamentarier/innen die Zeitung oder diskutieren am Rande des Saals in kleinen Gruppen. Manche Parlamentsmitglieder befinden sich gar nicht im Saal, sondern trinken einen Kaffee oder arbeiten im Vorzimmer.

So können doch keine sinnvollen politischen Entscheide zustande kommen! Natürlich wissen viele, dass die wichtigste parlamentarische Arbeit in den Kommissionen stattfindet. Aber wie läuft das ab? Ich möchte den Ablauf gerne anhand eines Geschäfts, das in

der letzten Legislatur behandelt wurde, schildern. Da ich selber in der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) war, habe ich die letzte Steuerreform ausgewählt. Der Regierungsrat hat im Frühjahr 2010 zwei Berichte zu Steuersenkungsinitiativen und einen Ratschlag zur Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen vorgelegt. (Es handelt sich dabei nicht um die letzte Senkung der Gewinnsteuer, die vom Volk abgelehnt wurde.)

Bei jedem neuen Geschäft schlägt als Erstes der Parlamentsdienst vor, in welche Kommission ein Geschäft gehen soll. Logisch, dass diese Geschäfte der WAK zugewiesen wurde und niemand im Rat sich dagegen wehrte. In den Kommissionssitzungen waren neben Eva Herzog als verantwortliche Regierungsrätin auch der Steuerverwalter und der Leiter der Finanzverwaltung jeweils anwesend. Sie stellten der WAK den Ratschlag und die Berichte vor. Die

Kommission konnte nun zusätzliche Informationen jeglicher Art von der Verwaltung verlangen, z.B. Steuer- vergleiche mit anderen Kantonen oder Berechnungen von Steuerausfällen. Die Mehrheit der Kommission war bestrebt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der dazu führen sollte, dass die Initiativen zurückgezogen werden. Denn diese hätten einen unkontrollierten Steuerausfall zur Folge gehabt. Da begann nun das Seilziehen. Es gab – auch neben den Kommissionssitzungen – viele Diskussionen und Verhandlungen um die Höhe der Steuererleichterung und um die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden sollen. Klar kam jede Seite anfangs mit der Maximalforderung und zeigt sich zuerst einmal wenig kompromissbereit. Wie in allen Steuerdebatten trafen die unterschiedlichen Gesinnungen ungeschminkt aufeinander. Welche Steuer ist gerecht? Bei der Beantwortung dieser Frage spielt die Weltanschauung eine wichtige Rolle, weshalb sie sehr unterschiedlich beantwortet wird. Trotzdem muss in unserer Demokratie ein mehrheitsfähiger Kompromiss gesucht werden. Unsere Seite war also bereit, Steuersenkungen zu ermöglichen, wenn sie nur bei guten wirtschaftlichen Bedingungen gewährt werden, und die Gegenseite war bereit, die Höhe der Steuererleichterungen zurückzufahren. Schlussendlich kam eine Einigung zustande, die in den Fraktionen und im Grossen Rat durchkam und tatsächlich dazu führte, dass die Initiativen zurückgezogen wurden.

Die Debatte im Grossen Rat ist in solchen Fällen fast nur noch für die Öffentlichkeit und das Protokoll bestimmt. Die meisten Parlamentarier/innen sind in den Kompromiss eingebunden und wissen schon im Vorfeld, wie sie abstimmen werden. Viele verfolgen die Grossratsdebatte deshalb nur am Rande und sind vielleicht schon an der Vorbereitung oder Diskussion des nächsten Geschäfts ihrer Kommission.

*Elisabeth Ackermann,  
Co-Präsidentin Grüne Partei BS,  
Grossrätin*

### Unsere Vertreter/innen im Grossen Rat

Weitere Infos wie Vorstösse und Kommissionszugehörigkeiten der Parlamentarier/innen findet ihr unter [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch) --> „Grosser Rat“ oder auf [www.grosserrat.ch](http://www.grosserrat.ch)



**Elisabeth Ackermann**  
GB-Ost  
seit 2006



**Mirjam Ballmer**  
Kleinbasel  
seit 2007



**Nora Bertschi, (jgb)**  
GB-West  
seit 2013



**Ugur Camlibel**  
Kleinbasel  
05-09, seit 2011



**Thomas Grossenbacher**  
Riehen  
seit 2005



**Anita Lachenmeier**  
GB-West  
97-07, seit 2013



**Eveline Rommerskirchen**  
GB-West  
seit 2002



**Michael Wüthrich**  
GB-Ost  
seit 2005

## 5 Fragen an Björn Schaub – Sekretär Grüne Baselland

Mit dieser Ausgabe führen wir die Gespräche mit Protagonist/innen der Grünen Partei Baselland weiter, die wir in der Ausgabe 03/2012 begonnen haben. Dieses Mal stand uns der Sekretär der Grünen Baselland, Björn Schaub, Red und Antwort.

**Die Befürworter einer Kantonsfusion in Baselland sehen sich gegenwärtig mit zwei Herausforderungen gleichzeitig konfrontiert. Zum einen müssen sie ihre Mitbürger/innen davon überzeugen, dass die Fusion sinnvoll ist. Zum andern kann ihnen aber auch der Zustand ihres Kantons nicht egal sein; vielmehr sind sie auch gefordert, wenn es um die Sanierung der aktuellen Verhältnisse geht.**

Damit sind zwei aktuelle politische Themen im Baselbiet angesprochen, die ich nicht vermischen würde. Denn das Baselbiet muss seine Kantonsfinanzen unabhängig von der Frage einer möglichen Fusion und mit eigener Kraft auf ein solides Terrain führen. Ebenso wichtig wie die Frage der Kantonsfinanzen sind die Gemeindefinanzen. Momentan beziehen ca. 80% der Baselbieter Gemeinden Finanzausgleichzahlungen. Die Grünen möchten Gemeinwesen fördern, die stark und nah bei den Einwohner/innen sind. Deshalb reichen die Grünen im Landrat Vorstösse ein, um Anreize für eine bessere Zusammenarbeit unter den Gemeinden und auch für Zusammenschlüsse zu schaffen. Der Entscheid dazu soll von den Gemeinden selber kommen, der Kanton muss aber attraktive Rahmenbedingungen dazu schaffen.

**Du kennst als Geschäftsführer der Grünen BL und als Mitglied der Grünen BS beide Seiten sehr gut. Die Grünen BL und BS haben auch eine gemeinsame Geschäftsstelle: Wo siehst du Bereiche, in denen eine enge Zusammenarbeit zwischen Grünen BL und Grünen BS möglich ist?**

Im Vergleich mit anderen Parteien in den beiden Halbkantonen BL und BS arbeiten die Grünen bereits



Engagiert in zwei Halbkantonen: Björn Schaub, Sekretär der Grünen Baselland, wohnt in Basel.

eng zusammen, und zwar nicht nur strukturell mit einer gemeinsamen Geschäftsstelle, sondern auch inhaltlich, z.B. im Bereich Bildung mit einer Arbeitsgruppe der Kantone AG, BL, BS und SO. Diese inhaltliche Zusammenarbeit soll ausgedehnt werden auf andere Fragen, die regionale Lösungen brauchen wie etwa Gesundheits- oder Verkehrspolitik – erste Schritte dazu sind bereits getan, z.B. mit der kürzlich durchgeführten gemeinsamen Veranstaltung über die gesundheitspolitische Strategie des Kantons AG.

**Was können die Basler Grünen von ihren Baselbieter Kolleginnen und Kollegen lernen und umgekehrt?**

Sehr positiv finde ich den regen Austausch, der seit der Zusammenlegung der beiden Geschäftsstellen in Basel deutlich einfacher wurde durch die einfache Tatsache, dass die Wege kürzer sind zwischen jgb, Grünen BL und BS. Auf der Geschäftsstelle tauschen wir uns täglich aus und lernen voneinander. Wir führen auch gemeinsame Projekte durch, die zwar im Hintergrund laufen, aber wichtig sind für das Alltagsgeschäft der beiden Parteien, z.B. die Einführung derselben Software für Datenbank und Buchhaltung.

**Was tut sich in Baselland derzeit punkto Energiewende?**

Der Landrat nahm im April die über-

arbeitete Energiestrategie der Regierung zur Kenntnis. Diese bildet nun die Grundlage für die Totalrevision des Energiegesetzes. Dieser Prozess wurde von den Grünen mittels Vorstössen in Auftrag gegeben. Die Grünen werden in der beratenden Umwelt- und Energiekommission den Finger auf die heiklen Punkte legen. So fehlt in der regierungsrätlichen Strategie z.B. der Bereich Verkehr vollständig, obwohl ein gesetzlicher Auftrag dazu besteht, dass der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten alles unternehmen muss, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss massgeblich zu senken.

**Stichwort grüne Wirtschaft: Welche Vorstellungen haben die Grünen Baselland für diesen Bereich und wo sehen sie Potenzial. Gibt es Synergien und Anknüpfungspunkte mit der Stadt?**

Wie kürzlich ein Workshop der GPS zeigte, ist das Potenzial gross. Dazu liegen bei uns noch keine spruchreifen Projekte vor, denn zuerst müssen die Grundlagen erarbeitet werden, wo z.B. der Hebel bei der regionalen Industrie angesetzt werden könnte. Eine grosse Herausforderung ist es zudem im Dienstleistungssektor ressourceneffizienter und vor allem sparsamer im Sinne der Suffizienz zu werden.

Die Fragen stellten Harald Friedl und Martin Stohler (Redaktion)

## Ist die «schorenstadt» exemplarisch? – Gespräch mit Jost Müller

Das Bauunternehmen Implenia baut im Schorenquartier die sogenannte «schorenstadt», eine Mischung aus Mehr- und Einfamilienhäusern, und verkauft das Ganze unter dem Siegel der «2000-Watt-Gesellschaft». Ist dieses Projekt ein Vorzeigeprojekt? Wie verlief die Schorenplanung für das Quartier, wo drei grosse Areale neu bebaut werden? Ein Gespräch mit Jost Müller Vernier, Geschäftsführer WWF Region Basel, der am Schorenweg wohnt.

**Dass eine private Firma die Themen der «2000-Watt-Gesellschaft» anpackt, ist positiv. Ist das Projekt «schorenstadt» so interessant, wie Implenia behauptet?**

Das Projekt ist positiv. Es entspricht energetisch dem heutigen Niveau und ist autofrei respektive autoarm. Raumplanerisch ist es aber fraglich, ob die Einfamilienhäuser in der Stadt sinnvoll sind. In den 1930er-Jahren war diese Bauform im angrenzenden Surinam innovativ: Arbeiterfamilien konnten aus den beengenden Mietwohnungen wegziehen und bekamen noch einen kleinen Garten.

Auch die Käufer wollen heute Wohnungen: Bis auf eine sind alle Eigentumswohnungen im hinteren Arealteil gemäss Website reserviert. Bei den Einfamilienhäusern gibt es noch Auswahl.

**Die «schorenstadt» wird unter der Prämisse der «2000-Watt-Gesellschaft» vermarktet.**

Ökologisch Bauen reimt sich in der Schweiz nicht auf Einfamilienhaus. Verdichtetes Bauen findet sein Heil auch nicht einfach in Hochhäusern, wie sie auf einem anderen Areal im Schoren gebaut werden sollen. Hätte man einen Durchschnittshöhenwert genommen, wäre dies vielleicht quaterverträglicher gewesen.

**Hätte die Stadt sich mehr einmischen sollen?**

Das gesamte Schorenprojekt besteht aus drei grösseren Bauarealen. Eine Betrachtung über die einzelnen Bauparzellen hinaus, die das bestehende Quartier einbezieht, ist nicht erkennbar. Es sind banale Fragen, die offen bleiben. Wo kommt die Bushaltestelle hin? Wird der Schorenweg eine Fussgängerallee vom Kleinbasel zur Langen Erlen oder bleibt er eine Raserstrecke? Sinnvoll wäre eine Art Quartierplanung gewesen.

**Es gibt auch eine Schule und Genossenschaftswohnungen.**

Ja, anstelle des heutigen Novartigebäudes, wo sich der Kanton das Areal gesichert hat. Ob die neue Schule nötig ist, kann ich nicht beurteilen – das bestehende Schulprovisorium hat vor drei Jahren zum 48. (!) Geburtstag einen millionenschweren Anbau erhalten.

**Wie stand das Quartier zu den Vorhaben?**

Die Bevölkerung hat die Schoren-Entwicklung begrüsst. Die Gebiete Schoren, Surinam und Eglisee sind von der Bebauung her sehr unterschiedlich. Die Hoffnung bestand, dass sie mit den Neuplanungen zusammenwachsen werden. Bisher ist das nicht zu erkennen.

Im Quartier wollte man einfach keine weiteren Hochhäuser – doch genau die kommen nun. Der Partizipationspro-



Jost Müller Vernier wohnt mit seiner Familie im Schorenquartier in direkter Nachbarschaft zur «schorenstadt».

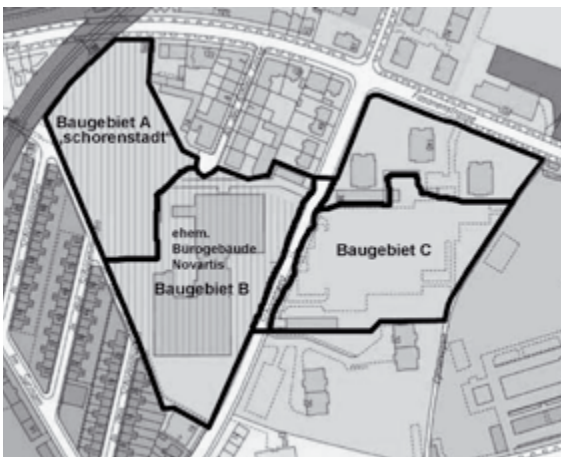
zess geriet zur Farce: Man hat diskutiert, dabei war alles bereits beschlossene Sache. Die Bereitschaft, Anliegen und Ideen der Quartierbevölkerung zu berücksichtigen, war eigentlich nicht vorhanden.

**Nach der Erlenmattgeschichte (Grüner Pfeffer Nr. 01/2013) und der veröffentlichten Rheinhattan-Skizze: Warum gibt es in Basel immer wieder solche nicht zufriedenstellenden Bauprojekte, in einer Stadt, die Pilotstadt der «2000-Watt-Gesellschaft» ist?**

Die Begleitung der Bauvorhaben durch die Verwaltung ist in Basel ausgezeichnet – in der Schorenplanung hat sie sich jedoch einseitig auf die Investorenseite geschlagen. Es wäre auch Aufgabe des Grossen Rates gewesen, in der Schorenplanung Fragen zu stellen. Man hörte nichts von der grossrätlichen Baukommission.

**Solche Projekte mit Hochhäusern ändern das Stadtbild.**

Man darf aus Hochhäusern keine Glaubensfrage machen – sie müssen durchdacht eingesetzt werden, nicht einfach aus Repräsentationsbedürfnis oder um einzelnen Grundeigentümern höhere Rendite zu verschaffen. Zuoberst zu wohnen, ist toll; im Schatten leben ja die anderen.



Die „schorenstadt“ und weiteren Bauareale im Entwicklungsgebiet Schoren. Quelle: Hochbau- und Planungsamt Kt. BS, «Areal Schoren – Bericht zur Planaufgabe» Mai 08, freihändig ergänzt.

Basel steht an einer Wegscheide: Zurzeit wachsen Hochhäuser aus dem Boden, die das Bild der Stadt verändern. Der Kanton kennt aber keine gesetzliche Regelung zum Schattenwurf. Zwar hat er ein Hochhauskonzept, doch das ist Papier: aktuelle Vorhaben wie Schoren, Messe, Magnolienpark liegen gerade ausserhalb der Eignungsgebiete. Das nennt sich dann «punktuelle Akzentuierung»

oder «Hochhausgruppe». Mit einem Bebauungsplan lassen sich ausserhalb der Stadtbild-Schutz- und -Schonzone offenbar relativ einfach Hochhäuser errichten.

**Und warum gibt es keine starken Vorzeigeprojekte in unserer Stadt im Sinne der Ökoquartiere?**

Das bauökologische Niveau bei Neubauten ist in Basel nicht schlecht. Die Ambitionen liegen

bei toller Architektur, was wir ja auch schätzen. Das Denken sollte über den singulären Bau hinausgehen und Fragen der Frei- und Grünraumplanung, der Quartierentwicklung, des Naturmanagements, der Mischung von Wohnen und Arbeiten aufwerfen. Hier ist Basel noch auf der Suche.

Mehr zum Thema:  
[www.schorenstadt.ch](http://www.schorenstadt.ch)

## Interview mit Silvan Bohnet, Implenia

**Nach der Einschätzung eines aktiven Anwohners der zukünftigen «schorenstadt» haben wir auch noch die Unternehmenseite befragt. Zum Projekt wurde Silvan Bohnet, verantwortlicher Projektleiter für die «schorenstadt» beim Bauunternehmen Implenia, befragt.**

**Was ist schon heute von den Wohnungen und Einfamilienhäusern in der «schorenstadt» reserviert oder verkauft?**

Im Moment sind 50 der 65 Wohneinheiten schriftlich oder mündlich reserviert worden. Es sind ebenso viel Wohnungen wie Einfamilienhäuser, aber am Anfang war das Interesse für die Wohnungen grösser als für die Häuser.

**Wie wurde das 2000-Watt-Konzept aufgebaut?**

Unsere Spezialisten für Nachhaltigkeit haben das Projekt während der gesamten Entwicklungsdauer begleitet. Die Projektentwicklung wurde laufend mit dem Werkzeug 'Gesamtbeurteilung nachhaltiges Bauen' nach den drei bekannten Dimensionen der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit überprüft und bewertet. Dazu – und nun benenne ich nur einige grobe Züge des Baukonzepts – bauen wir nach dem Minergie-P-ECO-Standard, benützen sehr viel Holz für die Gebäudestrukturen, haben ein Mobilitätskonzept entwickelt, nach dem SIA Effizienzpfad 2040 gearbeitet usw. Zudem hat Franco Fregnan, wissenschaftlicher Mitarbeiter und

Dozent in den Bereichen nachhaltiges Bauen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien an der FHNW, Institut Energie am Bau, die Projektentwicklung begleitet. Wir haben beim AUE ein Gesuch eingereicht, um Förderbeiträge im Rahmen des Programms 'P+D-Gebäude in der 2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel' zu bekommen. Wir sind aufgenommen worden und erhielten 150'000 Franken. Diese Förderbeiträge sind u.a. für Öffentlichkeitsarbeit und Begleituntersuchungen gedacht, einerseits, um die Kriterien der 2000-Watt-Gesellschaft bekannt zu machen, und andererseits, um ein Messprojekt und eine Erfolgskontrolle durchzuführen.

**Ist bei diesem Vorzeigeprojekt die niedrige Dichte durch den Bau von Einfamilienhäusern nicht ein Widerspruch? Warum haben Sie nicht dichter bauen wollen?**

Es stimmt völlig mit der niedrigen Dichte, aber bevor wir das Grundstück erworben haben, hatte Novartis mit der Stadt den Bebauungsplan schon erstellt und die Dichte des Areals stand fest. Da war leider nichts mehr zu ändern.

**Die „schorenstadt“ ist autoarm und bietet 49 Abstellplätze für 65 Wohneinheiten. Wie wird es von der Kundschaft aufgenommen?**

Alle diese Parkplätze sind unterirdisch. Eine Wohneinheit kann auch ohne Parkplatz gekauft werden. Im Moment scheint die geplante Parkplatzzahl auszurei-



Silvan Bohnet, verantwortlicher Projektleiter «schorenstadt» bei Implenia.

chen. Im Weiteren stehen wir mit Mobility im Kontakt und verhandeln über die Platzierung von Car-Sharing-Fahrzeugen in nächster Nähe zum Areal. Zudem bemühen wir uns um eine Taktverdichtung der Buslinie 36, und wir fördern die Benützung des ÖV durch die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner mit im Kaufpreis enthaltenen Mobilitätsgutscheinen.

Beide Interviews zur «schorenstadt» wurden von den Befragten gegenlesen und leicht angepasst. Die Interviews führte:



Philippe Bovet  
freier Journalist  
Vorstand  
Grüne Basel-Stadt

## Grüne Riehen wollen ein neues Naturschutzgebiet

In Riehen spricht man gerne vom «grossen grünen Dorf». Gross ist das Dorf in der Tat. Mit seinen über 20'000 Einwohnern ist das Dorf grösser als Olten oder Solothurn. Riehen verfügt auch über viele schöne Grünflächen. Bekannt sind vor allem das Grundwasserschutzgebiet «Lange Erlen» und die alten Bürger-Parks mit den mächtigen Bäumen. Ein weniger bekanntes Kleinod befindet sich im Südosten Riehens – dort, wo Riehen, Bettingen und Grenzach zueinanderkommen.



*Der Märchenwald, der von «Insidern» gerne besucht wird, soll unter Schutz gestellt werden.  
Foto: Andreas Tereh*

Dieser Wald birgt viele Geheimnisse: Uralte Mäuerchen tauchen wie aus dem Nichts am Wegrand auf. Seltsame Abbrüche finden sich mitten im Wald. Ein Teil des Waldes ist unterkellert: Vor langer Zeit wurde dort Eis und Bier gelagert. Da darüber Forstwirtschaft betrieben wurde, musste erstmals im Kanton das Stockwerkeigentum angewendet werden. Für Bier- und Eislagerung unten sowie Waldnutzung oben! Aufgegebene Steinbrüche hinterlassen groteske, mit Efeu überwucherte Felsformationen, die sich nun scheinbar mitten im Wald erheben.

Das Gebiet ist sehr schwer zugänglich und für die moderne Forstwirtschaft kaum nutzbar. Auf einzelnen (u.a. privaten) Parzellen wurde lange nichts mehr getan. So hat der Wald teilweise urwaldähnlichen Charakter erhalten, mit umgestürzten Bäumen, die wild durcheinander liegen oder riesigen Wurzelstö-

cken, die mit Moos und Farn bewachsen sind.

Die Grünen Riehen setzen sich mit einem parlamentarischen Antrag dafür ein, dass dieser Wald geschützt wird; dass also keinerlei Arbeiten am Wald erlaubt sind. So soll gewährleistet werden, dass die hier noch vielfältige Fauna und Flora erhalten bleibt (u. a. Reh, Fuchs, Wildschwein und Dachs, aber auch viele tag- und nachtaktive Kleinsäuger, Vögel und Amphibien. Gleichzeitig wollen wir, dass insbesondere auch Stadtmenschen die Gelegenheit haben sollen, ganz in ihrer Nähe erleben zu können, wie Wald aussieht, riecht und tönt, wenn er in Ruhe gelassen wird.

Um dieses versteckte Juwel zu schützen, verraten wir hier nicht, wo genau es sich befindet. Wer sich wirklich dafür interessiert und es besuchen will, kann sich gerne mit uns in Verbindung setzen.



**Andreas Tereh,**  
Einwohnerrat Riehen  
Vorstand Grüne BS

## Zum Nachlesen – Gewässergeschichte(n)



In der Reihe „bild.geschichte.bl“ erscheinen Bücher, in denen alte und neue Bilder zur Baselbieter Kulturgeschichte gezeigt und erläutert werden. In Band 4 zeichnet Gregor Klaus den Umgang der Baselbieter mit ihren Gewässern nach. Diese wurden auf unterschiedliche Art genutzt – und gezähmt. Seit den 1980er-Jahren findet allerdings ein Umdenken statt: Bäche werden ausgedolt, Flüsse renaturiert und Weiher angelegt. Das schöne Buch von Klaus mit zahlreichen historischen und aktuellen Fotos öffnet uns die Augen für die Eigenheiten der Baselbieter Gewässer und ihre von uns Menschen geprägte Umgebung. (sto)

Gregor Klaus: Gewässer im Baselbiet.  
Verlag des Kantons BL, Liestal 2012. 118 S., Fr. 23.–  
[www.verlag.bl.ch](http://www.verlag.bl.ch)



## Verbesserungen im Veloverkehr – das jgb bleibt dran

Das junge grüne bündnis nordwest (jgb) setzt sich seit seiner Gründung für das Velo als sinnvolles Verkehrsmittel in der Stadt und der Agglomeration ein.

### Teilrichtplan Velo

2008 hat das jgb mit der Sammlung von Veloärgernissen begonnen. Diese wurden nun im Teilrichtplan (TRP) zur Kenntnis genommen, wozu das jgb im Rahmen der Vernehmlassung Stellung bezogen hat: Zu begrüssen ist, dass mit dem TRP ein umfassendes und ganzheitliches Konzept für das Basler Velonetz ausgearbeitet wurde und damit ein Instrument für eine nachhaltige Velopolitik und eine Strategie zur Steigerung der Qualität des Basler Velonetzes vorliegt. Leider fehlen im TRP konkrete Massnahmen, mit welchen die erhöhten Qualitätsanforderungen erreicht werden sollen. Das jgb verlangt daher die explizite Nennung von Velomassnahmen wie erhöhte Velowege, Grünstreifen zwischen Velo- und Autostrassen, verständliche und sichtbare Beschilderungen, Aufhebung von Autoparkplätzen zugunsten von mehr Veloparkfeldern, extra Veloampeln, erlaubtes Rechtsabbiegen bei Rot, durchgehende Velowege über Kreuzungen, Veloaufreihung vor Kreuzungen und grüne Wellen für Velofahrende. Mit den aufgezeigten Massnahmen sollen die vielen Schwach- und Gefahrenstellen im Basler Velonetz, die seit Jahren bekannt sind, rasch behoben und angegangen werden.

Zudem lehnt das jgb das Verständnis der Strassenhierarchie im TRP ab, da diese im Widerspruch zu den Anliegen des Gegenvorschlages der Städteinitiative steht. Es wird damit suggeriert, dass der motorisierte Verkehr unantastbar sei und stets Priorisierung geniesse. Dies kann aber lediglich für Autobahnen gelten. In einer Stadt steht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden über dem flüssigen motorisierten Verkehr, weshalb in der Stadt der umweltschonende Verkehr (Velo-, Fuss- und öffentlicher Verkehr) als prioritär zu gelten hat.

Ausserdem fordert das jgb, dass schnelle und sichere Veloroutenverbindungen von der Stadt in die Agglomeration und umgekehrt vorangetrieben werden.

### Entwicklungsrichtplan Innenstadt

Auch bei der Vernehmlassung zum Entwicklungsrichtplan Innenstadt hat das jgb die Chance genutzt, weitere Verbesserungen für den Veloverkehr zu fordern. Das jgb regt an, den Perimeter der Innenstadt auf Kleinbasler Seite zu vergrössern, mit dem Fernziel einer grösseren autofreien Innenstadt. Zudem sollen alle Parkfelder in der Innenstadt aufgehoben und Parkhäuser an die Ringstrassen verlegt werden.

### Weitere Verbesserungen an einzelnen Stellen

Mit einem im Januar vom Regierungsrat beantworteten Anzug von Sibel Arslan (ehem. jgb) von 2009 erreichte das jgb weitere Verbesserungen für das Velo: Bodenmarkierungen an der gefährlichen Kreuzung beim Kunstmuseum wurden optimiert, und zwischen Bankverein und Kunstmuseum soll Tempo 30 eingeführt werden, und auch am Aeschenplatz sind zusätzliche Radstreifen geplant.

Es lohnt sich also dranzubleiben und durch stetige kleinere Verbesserung dem Ziel einer sicheren, vom umweltschonenden Verkehr dominierten Stadt und Agglomeration Basel näher zu kommen.

*für das jgb:*

*Michelle Lachenmeier für das jgb*

Link zur Stellungnahme TRP Velo:  
[www.jungesgruenesbuendnis.ch/bl-bs/news/wir-fordern-konkrete-velomassnahmen](http://www.jungesgruenesbuendnis.ch/bl-bs/news/wir-fordern-konkrete-velomassnahmen)



*Selbst aufgemalter Velostreifen in der Elisabethenstrasse. Mit dieser Aktion wies das jgb auf Mängel und Lücken im Basler Velonetz hin.*

## Grüne Schwerpunkte 2013

**Anfang März lud das Präsidium 20 Personen aus dem Vorstand und engeren Kreis der Grünen zu einer halbtägigen Retraite ein, um die Ziele und Schwerpunktthemen der Grünen Basel-Stadt zu schärfen. Der Vorstand hatte bereits zuvor folgende vier Themen festgelegt, mit denen wir uns in diesem Jahr beschäftigen wollen:**

### Ein Basel

Die Fusionsinitiative wurde eben eingereicht und kommt voraussichtlich 2014 zur Abstimmung. Sie wurde von den Grünen initiiert und auf eine breit abgestützte Basis gestellt. Die Fusion der beiden Halbkantone ist eine Vision der Grünen. Wir wollen dieses Jahr Ideen entwickeln, wie sie aussehen könnte, aufzeigen, was sie bringt und welche Fragen sich bei der Umsetzung stellen.

### Mobilität

Zusammen mit anderen haben die Grünen zum Abstimmungserfolg beim Gegenvorschlag der Städteinitiative beigetragen. Die konsequente Umsetzung und ein sinnvoller moderater Ausbau des ÖV sind zentral, wenn es darum geht, Mobilität in Zukunft nachhaltig zu gestalten. Die Grünen werden sich

deshalb gegen neue Strassenprojekte (z.B. den Gundelitunnel) wehren, weitere Verbesserungen für den Velo- und Langsamverkehr fordern und mithelfen, den Ausbau des öffentlichen Verkehr sinnvoll zu gestalten (Ausbau Regio-S-Bahn, Herzstück).

### Raumplanung und Stadtentwicklung

Die Annahme des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes verhilft dem Thema zu neuer Aktualität. Die Stadt Basel steht ständig im Wandel. Einerseits Bevölkerungswachstum und Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, andererseits Verdichtung und nachhaltiger Umgang mit dem Boden. Der Spagat zwischen verdichtetem Bauen und dem Erhalt von Lebensqualität in der Stadt durch Grün- und Freiräume ist eine Herausforderung. In der kommenden Diskussion um den neuen Zonenplan, in den Diskussionen um das Wohnraumförderungsgesetz und die Bodeninitiative und auch bei der Weiterentwicklung der Vision 3Land im Hafanareal wollen die Grünen sich aktiv einbringen.

### Grüne Wirtschaft

Die Grünen Schweiz haben 2012 die Initiative zur grünen Wirtschaft

eingereicht, auch wir haben dazu beigetragen. Mit der Forderung der Reduktion des ökologischen Fussabdrucks auf eins ist ein messbares Ziel gesetzt. Massnahmen jedoch definiert die Initiative nicht. Es ist an den Grünen lokal und regional der grünen Wirtschaft ein Gesicht zu geben und das Konzept mit Inhalt zu füllen. Ein Vorstoss dazu haben wir im Grossen Rat bereits eingereicht: Basel-Stadt soll seinen kantonalen Fussabdruck messen und reduzieren.

An der Retraite wurden teilweise schon sehr konkrete Vorschläge für Aktionen, Anlässe und Programme entwickelt, so wie wir uns das gewünscht hatten. Durchgehend konstruktiv und diskussionsfreudig war dieser Samstag für uns ein motivierender und inspirierender Anlass. Er ermutigt uns, den eingeschlagenen Weg der Themenfokussierung weiterzugehen, und wir freuen uns möglichst viele der Ideen dieses Jahr oder dann 2014 mit euch umzusetzen.



**Mirjam Ballmer**  
Co-Präsidentin  
Grüne Basel-Stadt,

### Warum sich eine Mitgliedschaft bei den Grünen Partei Basel-Stadt lohnt

Der „Grüne Pfeffer“ geht nicht nur an Mitglieder, sondern auch an Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen. Nichtmitgliedern möchten wir hier aufzeigen, warum es sich lohnt, bei den Grünen Mitglied zu werden.

Wer bei den Grünen Basel-Stadt Mitglied ist,

- zeigt mit ihrer/seiner Mitgliedschaft Einsatz für eine ökologischere und sozialere Gesellschaft
- trägt finanziell dazu bei, dass die Grünen im Kanton Basel-Stadt politische Wirkung erzielen können
- kann mehrmals jährlich an Mitgliederversammlungen interessante Vorträge hören und mitentscheiden bei Abstimmungen und Parolenfassungen
- kann in Arbeitsgruppen zu Bildung, Verkehr-/Stadtentwicklung, Justiz oder Wirtschaft die Politik in Basel direkt beeinflussen
- kann für den Grossrat, für Gerichte, für Schulkommissionen oder Schulräte, den Bürgergemeinderat usw. kandidieren
- ist automatisch auch Mitglied der Grünen Schweiz
- erhält viermal pro Jahr das „greenfo“, das attraktive Info-Bulletin der Grünen Schweiz
- und lernt nicht zuletzt spannende, attraktive, ökologisch engagierte und intelligente Menschen kennen, die sich bei den Grünen engagieren

Worauf wartest Du noch? Wer sich für eine ökologische Politik einsetzen will, wird diese Chancen packen. Ein Kontaktformular findest Du auf der letzten Seite des «Grünen Pfeffers» – oder du kannst dich direkt anmelden auf unserer Website [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch) unter «Mitglied werden».

## Nationale Abstimmungen vom 9. Juni 2013

### Wehret den Anfängen! Nein zur Verschärfung des Asylgesetzes

Wenn am 9. Juni über die Asylgesetzrevision abgestimmt wird, muss es klar sein: Ob mit oder ohne diese Revision wird unser Asylsystem noch lange kranken, es werden weiterhin Menschen in der Schweiz Schutz suchen und es wird wenige geben, welche straffällig werden.

Denn das Asylsystem leidet nicht erst seit dem Herrliberger an einem Überwachungswahn: Will heissen, dass der Anteil an Gelder für die notwendige Betreuung zugunsten der von privaten Firmen geleisteten Bewachung zurückgeht. Gleichzeitig gibt es in der Schweiz eine Partei, welche mit diesem Thema Emotionen schürt: Gegen Menschen anderer Religion, anderer Hautfarbe oder ähnlichem.

Diese Partei operiert mit falschen Zahlen über die Kriminalität von Ausländern und Asylsuchenden und im Gespann mit Exponenten (Gäbe es nur Frauen im Parlament, hätten die Vorlagen keine Chance) werden die Menschenrechte ausgehöhlt. Die diskriminierende Vorlage von CVP-Mann Christoph Darbellay, „gewisse“ Asylsuchende präventiv einem DNA-Test zu unterziehen, ist hier ein mahndendes Beispiel.

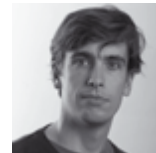
Aus diesem Grund ist dieses Referendum wichtig: Es ist die Stimme der vernünftigen Frauen und Männer in der humanitären und gleichzeitig reichen Schweiz. Denn die populistische Politik wird auch nach diesem Referendum nicht enden und es dürfen nicht noch mehr rote Linien der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit überschritten werden.

**ICH STIMME  
NEIN  
AM 9. JUNI!  
GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG  
DES ASYLGESETZES**

Darum:

- Nein zur Asylgesetzrevision!
- Nein zur Abschaffung des Botenschaftsasyls!
- Nein zu Lagern!

Infos unter: [www.asyl.ch](http://www.asyl.ch)



**Oliver Thommen**  
Politischer Sekretär  
Grüne Partei Basel-Stadt

### Nein zur Volkswahl des Bundesrats – Nicht Demokratie und Parlament schwächen

Die Grünen Basel-Stadt haben sich an ihrer Jahresversammlung – wie bereits zuvor der Vorstand – eingehend mit der SVP-Initiative zur Volkswahl des Bundesrats auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, dass wir diesen Systemwechsel, welcher das Parlament schwächt und nicht mehr, sondern weniger Demokratie bedeutet, aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnen.

Würde der Bundesrat vom Volk gewählt, dann würden die Parlamentswahlen zwangsläufig zweitrangig werden. Das ist der Qualität des Parlaments nicht zuträglich. Wenn eine Institution gestärkt werden soll, dann das Parlament, das heute in vielen Fragen dem Bundesrat und der Verwaltung hinterherhinkt. Ein vom Volk gewählter Bundesrat könnte noch viel mehr als heute an den von uns ins Parlament gewählten Vertreterinnen und Vertretern vorbeiregieren und Entscheide fällen, gegen die kein Referendum möglich ist.

Auch die Ränkespiele wären nicht aus der Welt: Diese würden neu bei

der Nomination der Kandidierenden und bei Wahlabsprachen stattfinden...

Die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger würden durch die Volkswahl nicht wirklich grösser: Wir könnten lediglich aus einer Reihe von Kandidierenden unserer Favoriten aussuchen, die wir bestenfalls aufgrund von Medienprofilen „kennen“.

Schliesslich noch ein Wort zum Absender der Initiative: Die SVP hat die Volkswahl des Bundesrats Ende der 1990er-Jahre erstmals als Druckmittel in die Diskussion gebracht und nach der Abwahl Blochers 2007 wieder aus der Schublade geholt. Für Blocher und Mörgeli, die Väter der Initiative, war sie stets ein Vehikel, um Bundesrat und Parlament schlechtzumachen.



**Martin Stohler**  
Redaktion  
Grüner Pfeffer  
Vorstand Grüne BS

#### Zum Weiterlesen:

11 Argumente der Editions le Doubs (auf [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch))



Andreas Gross, Fredi Krebs, Dani Schönmann, Martin Stohler (Hrsg.): Nur scheinbar demokratisch – Volkswahl des Bundesrates: Ein Rückschritt für die Demokratie. Editions le Doubs, 220 S., 19.80 Fr. ISBN 978-2-940455-04-1. Bestellungen: [eld.bestellungen@gmail.com](mailto:eld.bestellungen@gmail.com)

## Infomarkt und Varia

### Interna

#### Jahresversammlung vom 24. April

An der gut besuchten Jahresversammlung im Unternehmen Mitte, 1. Stock, wurden das Co-Präsidium mit Elisabeth Ackermann und Mirjam Ballmer sowie der Vizepräsident Harald Friedl einstimmig bestätigt. Weiter wurden der Kassier Pascal Biedermann sowie die Revisor/innen Antoinette Gelzer und Philipp Schaub ebenfalls einstimmig wieder gewählt. Beim Vorstand gibt es eine kleine Änderung. Laura Stöcklin (jgb) ist zurückgetreten. Neu ist Anina Ineichen als zweite Vertreterin vom jgb im Vorstand der Grünen BS vertreten. Laura, dir ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz.

Im zweiten Teil hörten wir ein spannendes Referat von Prof. Markus Schefer (Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht, Uni Basel) zum Thema direkte Demokratie und Volkswahl des Bundesrates. Die anschliessende Diskussion verläuft äusserst angeregt, aus der wir viele Argumente mitnehmen konnten.

### Interna



*Das aktuelle Präsidium der Grünen BS: Vizepräsident Harald Friedl, flankiert von den beiden Co-Präsidentinnen Elisabeth Ackermann (links) und Mirjam Ballmer.*

#### Vernehmlassungen

Die Grünen haben seit der letzten Ausgabe des Grünen Pfeffers an drei Vernehmlassungen teilgenommen: Vernehmlassung Alterspolitik 55+, Vernehmlassung Entwicklungsrichtplan Innenstadt und Vernehmlassung zur Totalrevision der Pensionskasse. Die Vernehmlassungsantworten finden sich wie gewohnt auf unserer Website [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch) unter «Vernehmlassungen»

Alle Infos und Veranstaltungen auf:

[www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch)

### Aufruf zur Mitarbeit

#### AG Wirtschaft

Vorstand und Geschäftsleitung haben beschlossen, eine Arbeitsgruppe (AG) Wirtschaft zu gründen. Alle Interessierten, die in einer solchen Arbeitsgruppe mitarbeiten wollen oder Fragen zu einer solchen Mitarbeit haben, können sich an Harald Friedl wenden unter 061 693 02 49 oder [harald.friedl\(at\)bluewin.ch](mailto:harald.friedl(at)bluewin.ch).

### Parolen

#### Nationale Abstimmungen vom 9. Juni 2013:

**NEIN** zur Bundesratswahl

**NEIN** zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Die Parolen zu wurden an der Vorstandssitzung der Grünen Partei Basel-Stadt vom 13. März gefasst. Beiträge zu den Abstimmungsvorlagen findet ihr auf den Seite 11.

### Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 170.– (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.–

Name, Vorname: .....

Strasse: ..... Plz./Ort: .....

E-Mail: ..... Tel.: .....

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel**  
E-Mail: [sekretariat@gruene-bs.ch](mailto:sekretariat@gruene-bs.ch)

Konto: **PC 40-19338-4**  
Website: [www.gruene-bs.ch](http://www.gruene-bs.ch)